

# Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2007

Nr. 11 · 3. Jahrgang

## Links informiert

**3**

Energiepolitik im Land und Potsdamer Stadtentwicklung

## Im Mittelpunkt

**6/7**

Parken in der City, Potsdam-Museum und ein Feldversuch

## Forum

**10/11**

Wolfgang Joops  
Tipps für al-Qaida



## Schilderflut und Regelungswahn

BürgerInnen wird besonders in Potsdams Mitte in die Tasche gegriffen

Die City unserer Landeshauptstadt wird immer attraktiver. Das freut die Einwohner, aber vor allem auch die Touristen. Doch jeder Autofahrer, der in die Innenstadt fährt, ist geschockt vom Schilderwald und vor allem von der immer penetranter wirkenden Parkgebühren-Abzocke. Potsdam braucht endlich ein vernünftiges, integriertes Verkehrskonzept. **Lesen Sie weiter auf SEITE 6.**

## Der erste Schritt ist getan

### Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg

Die Initiatoren der Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg (Arbeitslosenverband Brandenburg e.V., DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Diakonie Brandenburg, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Grüne Liga Brandenburg e.V., DIE LINKE. Brandenburg, Paritätischer Wohlfahrtsverband Brandenburg und die Volkssolidarität Brandenburg) beendeten am 30. September 2007 ihre Unterschriftensammlung im Land Brandenburg. Die

erforderliche Anzahl an Unterschriften (20.000) wurde erreicht und mit 32.400 deutlich überschritten. Das gelang in nur 5 Monaten. Wir danken allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern, die ihre Unterschrift für einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle gegeben haben, und den vielen fleißigen Unterschriftensammlerinnen und -sammlern.

Am Dienstag, dem 2. Oktober, haben wir die Unterschriftenlisten an den Präsi-

den des Landtages übergeben. Wenn, wie wir erwarten, die rechtliche Hürde genommen sein wird, muss sich der Landtag mit dem Anliegen Sozialticket erneut befassen. Er wird dann hoffentlich zu einer vernünftigen Entscheidung kommen und im Interesse derer handeln, die unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht in der Lage sind, sich den vollen Fahrpreis leisten zu können. Das Sozial- und Verkehrsministerium stehen dafür in der Pflicht. Wir erwarten, dass sich auch die Fraktionen der Regierungskoalition positiv für das Anliegen entscheiden werden.

Anita Tack, MdL

## Auf ein Wort...



Es geht nicht um uns selber!

Von Klaus Ernst,  
Stellvertretender  
Bundesvorsitzender  
DIE LINKE

WASG und PDS sind als DIE LINKE nicht einfach nur „mehr Menschen“, sondern durch die verschiedenen Wurzeln auch zur gemeinsamen kritischen Modernisierung gezwungen. Auseinandersetzungen, zum Beispiel zu Regierungsbeteiligungen oder zur innerparteilichen Demokratie, zeigen, dass wir eine lebendige Partei sind. Aber für die Menschen im Land zählen unsere internen Auseinandersetzungen nicht wirklich. Für sie zählt, was wir in ihrem Interesse erreichen. Wir sind die einzige echte Opposition. Wir stehen für den Widerstand gegen die Rente ab 67, für einen gesetzlichen Mindestlohn und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Unser politisches Führungspersonal messen wir daran, ob es die neu gewonnene Einheit der LINKEN nach außen vertritt und lebt. Wir wollen viele Menschen erreichen und davon überzeugen, dass der Widerstand gegen eine falsche Politik lohnt. Diejenigen

(Fortsetzung auf SEITE 2)

## Kreisparteitag im November

Die 2. Tagung des 10. Kreisparteitages der LINKEN Potsdam findet am 24.11. um 10 Uhr im Humboldt-Gymnasium statt. Es werden Grundsätze zur Stadtentwicklung diskutiert, der Auftakt zur Unterstützung der Volksinitiative gegen neue Tagebaue und für eine zukunftsfähige Energiepolitik gegeben sowie die Bildung des Kreisverbandes DIE LINKE beschlossen.

(Fortsetzung von SEITE 1)

von uns, die diesen Anspruch erfüllen, müssen nach vorn, und sie brauchen unsere Unterstützung. Es geht nicht um uns selber – es geht immer um die Veränderung der politischen Verhältnisse!

## AG Solidarische Ökonomie beriet Aktionsprogramm

Ausgehend von ihrem beschlossenen Programm beriet die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie in der Partei DIE LINKE auf ihrer 3. Beratung in Potsdam über ein auf zahlreichen Vorschlägen beruhendes Aktionsprogramm.

Dieses Sofortprogramm beinhaltet u. a. die Aktion „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, mit der durch Bücherspenden sozial Bedürftigen zu „geistigem Brot“ verholfen werden soll, oder die Aktion „Bürger-Umwelt-Briefkasten“, mit der die Meinungen und Vorschläge der Bürger aufgegriffen und stärker verwirklicht werden sollen.

Weitere konkrete Aktivitäten, wie das Projekt Ökologischer Integrationsgarten, die Gründung eines Erwerbslosenringes oder die Einrichtung eines Online-Bewerbungsbüros für Arbeitslose, sind nicht nur ein Bestandteil des Aktionsprogrammes, sondern befinden sich bereits in ihrer Umsetzung.

Geplant sind darüber hinaus die Aktion „Schüler schützen unsere Umwelt“, „Menschenwürdiger Wohnraum für alle“ oder das „Hartz-IV-Internet-Café“. All diese Aktionen und Projekte entsprechen der Zielstellung der Arbeitsgemeinschaft,

solidarische Hilfe und Unterstützung für die sozial Schwachen zu gewähren. Von großer Bedeutung sind dabei die angestrebten und bereits auch hergestellten Kontakte und Absprachen mit anderen sozialen Organisationen und Bewegungen.

So nahmen auf der letzten Beratung der AG bereits Vertreter von attac, anderer Parteien, der Allianz freier Wähler und des Vereins Hartz-IV-Betroffene teil. In dieser großen Breite aktiver Mitwirkung besteht die Stärke der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft.

## Demokratie oder Anarchie?

„Das Gericht wird das letzte Wort haben“, meint Herr Jakobs. Da irrt er sich. Wir leben doch in einer Demokratie. Das

heißt: das Volk wird entscheiden. Wir kennen doch die juristische Praxis dieses Landes – Bürgermeister und Polizei-

behörden verbieten Nazi-Aufmärsche – und Gerichte geben den Nazis die Straße frei. Das Grundgesetz (Artikel 20, Absatz 4) sichert allen Deutschen das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die demokratische Ordnung zu beseitigen. Die deutschen Lokführer streiken für gerechten Lohn – und ein Provinzgericht maß sich an, einen Streik zu verbieten. Da ist was faul im Staate D! Sicher hängt das damit zusammen, dass das Erbe der Nazi-Jusitz in der BRD niemals konsequent ausgerottet worden ist.

Da leben in der brandenburgischen Landeshauptstadt mehr als 130.000 Menschen. Und etwa 10 Wildgewordene (Schmarotzer, Egoisten, Ellenbogen-Kreaturen...) maßen sich an, diesen Potsdamern und ihren Berliner Gästen den Uferweg am Griebnitzsee zu versperren – obwohl sie aus ihren hochgelegenen Villen sehen können, dass auf Berliner Seite das Seeufer für jedermann zugänglich ist.

Wer da noch Zweifel gehabt haben sollte, was Kapitalismus bedeutet, dem müssten doch jetzt die Augen aufgehen. Für die gewählten Abgeordneten der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gibt es meiner Ansicht nach nur eine Schlussfolgerung: Anwendung des Grundgesetzes (Artikel 14), das heißt, Enteignung der betreffenden maßlosen Raffkes. Das Volk von Potsdam und Berlin – und darüber hinaus – wird Beifall klatschen.

Horst Jäkel

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam – Verlag und Mediaconsult; **Norbert Fiebelkorn**, Verleger; Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam (Verlag und Redaktionen) **Bernd Martin**, Chefredakteur (V.i.S.d.P.); **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Deutsche Bank Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100 700 00

**DRUCK:** OSSI-Druck Brandenburg. „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv

**petit** edition Potsdam  
Wir machen die Medien für ihre Kommunikation

**Aus unserem Verlagsprogramm:**

**Aktenvermerk: R.u.**  
Ein Bericht über Solidarität und Widerstand im KZ-Mauthausen von 1938-1945; Herausgegeben von: Deutsche Lagergemeinschaft ehemaliger Häftlinge des KZ-Mauthausen, Hinterbliebene und Freunde  
ISBN 978-3940275-01-1 **9,50 €**  
Dorothea Goebeler – Kurt Baller  
Zwischen Fischerkiez und Nikolaikirche  
Atlas-Reihe: „Potsdam gestern & heute“, Heft 1  
ISBN 978-3-940275-11-0 **2,00 €**

Dorothea Goebeler – Kurt Baller  
**Das Glockenspiel der Garnisonkirche**  
Atlas-Reihe: „Potsdam gestern & heute“, Heft 2  
ISBN 978-3-940275-12-7 **2,00 €**

Bestellungen an: **petit edition Potsdam**, Verlag und Mediaconsult  
Friedrich-Ebert-Straße, 14469 Potsdam, Tel. 0331 2378490

### Abo ist möglich

Unsere Zeitung erscheint monatlich und wird abwechselnd in verschiedenen Wohngebieten der Landeshauptstadt verteilt. Möchten Sie alle 12 Ausgaben garantiert erhalten, dann füllen Sie diesen Coupon aus und senden ihn an unsere Redaktion in der Friedrich-Ebert-Straße 38 in 14469 Potsdam.

Hiermit bestelle ich verbindlich die Monatszeitung „Potsdams andere Seiten“ für eine monatliche Spende von 1,00 €.

Die Zeitung geht an folgende Adresse:	Ich nutze den vorteilhaften Bankeinzug:
Name, Vorname	Geldinstitut
.....	.....
Straße, Hausnummer	BLZ
.....	.....
PLZ, Ort	Kontonummer
.....	.....
Datum, Unterschrift (Auftraggeber)	Kontoinhaber
.....	.....

Bitte senden Sie den ausgefüllten Coupon an Redaktion „Potsdams andere Seiten“, Friedrich-Ebert-Str. 38 in 14469 Potsdam oder per Fax an 0331/23 78 49-9

### Verdienst- möglichkeit

Wir suchen für  
„Potsdams andere Seiten“  
(Potsdam) und  
„Märkische Gärtnerpost“  
(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und  
Teltow Fläming)

### Medienberater/ Anzeigenverkäufer

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten  
melden sich bitte dienstags oder  
donnerstags in unserer Redaktion unter  
0331/23 78 49-0.

## „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“

**DIE LINKE. Brandenburg tritt der Volksinitiative bei**

Am 30. September 2007 hat der Landesvorstand der LINKEN. Brandenburg entschieden, sich an der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ zu beteiligen. Der Beschluss wurde mit 12 zu 1 Stimmen mehrheitlich gefasst. Der Entscheidung ist ein mehrmonatiger Diskussionsprozess vorausgegangen, den DIE LINKE im Rahmen ihrer Leitbilddebatte „Für ein Brandenburg der Regionen“ landesweit und ergebnisoffen geführt hat. Dabei ist einmal mehr deutlich geworden, dass DIE LINKE in Brandenburg eine Volkspartei ist, in der unterschiedliche Meinungen und Positionen vertreten sind.

Die Debatte verlief in der Sache zum Teil hart, aber fair. Insbesondere in den unmittelbar betroffenen Teilen der Lausitz wird deutlich, dass die Stimmung in der Partei in dieser Frage geteilt ist. Das Votum des Landesvorstandes entspricht dem Diskussionsergebnis dieser Debatte, in der sich auch Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestages und Landtages, Kreisvorsitzende, Mitglieder des Jugendverbandes, anderer Kreisverbände und Basisorganisationen für die Beteiligung an der Volksinitiative ausgesprochen hatten.

Bestandteil des Beschlusses ist die Aufgabe, im Rahmen der Leitbilddiskussion die Energiestrategie der Partei weiter zu entwickeln. DIE LINKE sieht den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle-

förderung und -verstromung als zeitliche Brücke für eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Umgestaltung der Lausitz. Die Energiewende muss jetzt aktiv auch in der Lausitz gestaltet werden. Das ist nicht nur im Interesse der vom Braunkohleabbau negativ Betroffenen, sondern auch im Interesse der Kohlekumpel und ihrer Familien.

Dem heutigen parteiinternen Verständigungsprozess ging eine öffentliche energiepolitische Konferenz voraus, in der Vertreter von Vattenfall, der IG BCE, der Umweltverbände und der Partei DIE LINKE ihre Positionen vertreten haben. Die öffentliche Konferenz war wesentlicher Bestandteil des Meinungsbildungsprozesses und explizit auch als eine Alternative zur „Hinterzimmerverständigung“ ge-



dacht, die zwischen Vattenfall und Ministerpräsident Platzeck stattgefunden hat.

Der Landesparteitag der LINKEN Brandenburg im Januar 2008 wird sich mit dem Verlauf der Volksinitiative und den energiepolitischen Konzepten der Partei auch für die Lausitz erneut beschäftigen.

*Carolin Steinmetzer-Mann*

### Potsdam – sozial und lebenswert

**DIE LINKE erarbeitet Grundsätze zur Stadtentwicklung / Bericht vom Workshop am 05.10. im Bürgerhaus am Schlaatz**

DIE LINKE in Potsdam befindet sich mitten im Prozess der Erarbeitung von Grundsätzen zur Stadtentwicklung unter dem Motto „Potsdam sozial und lebenswert“. Einen ersten Entwurf möchten Kreisvorstand und Stadtfraktion den Delegierten der 2. Tagung des 10. Kreisparteitages zur Diskussion unterbreiten. Zunächst gilt es die Grundlagen für ein solches Dokument zu erarbeiten. Dazu wurden folgende sieben Arbeitsgruppen gebildet: Arbeit und Wirtschaft; Soziales und Öffentliche Beschäftigung; Stadtentwicklung, Wohnen, Neue Ortsteile; Toleranz; Jugend und Bildung; Kultur; Umwelt.

Die Leitung der Arbeitsgruppen erfolgt durch Mitglieder von Stadtfraktion und Kreisvorstand. Einen neuen Ansatz wählte die Partei in der Herangehensweise. Zu einem Workshop im Bürgerhaus am Schlaatz wurden zahlreiche Experten der verschiedenen Sachgebiete eingeladen, die nicht in erster Linie der Partei oder ihrem Umfeld zuzuordnen sind. Wie sich in der Resonanz zeigte – ein richtiger Schritt. Die Zahl der Teilnehmer aus den Bereichen Wirtschaft, öffentliche Verwaltung, Interessenvertretungen, Kultur und Verbänden war groß und vielfältig. Es wurde deutlich, dass es Erwartungen in zweierlei Hinsicht gibt. Erstens, dass eine politische Kraft bereit ist zuzuhören und sich mit Ideen und Vorschlägen vorurteilsfrei zu beschäftigen. Zweitens, diese nach Abwägung und politischer Bewertung auch als Politikangebot wieder in die Gesellschaft zurückzugeben.

Fakt ist, in den Arbeitsgruppen wurde intensiv beraten – fast reichten die vorgesehenen 2,5 Stunden nicht aus. Die Atmosphäre war konstruktiv und aufgeschlossen. Der Diskussionsprozess soll nach Möglichkeit fortgesetzt werden. Immerhin kamen ca. 80% der Teilnehmer im Anschluss zur fakultativen gemeinsamen „Berichterstattung aus den Arbeitsgruppen“ zusammen. Ein Zeichen dafür, dass sowohl an der Zusammenfassung der eigenen Ergebnisse, als auch der anderen Gruppen ein großes Interesse bestand.

Vorstand und Fraktion beraten nun einen Entwurf der Grundsätze der Stadtentwicklung. Spannend ist, wie mit Themen umgegangen wird, die durchaus auch innerhalb der eigenen Reihen für Diskussionsstoff sorgen.

*Pete Heuer*

### AG LINKE. Unternehmer

Die Arbeitsgemeinschaft (AG) „LINKE.Unternehmer“ in der Partei DIE LINKE hat sich auf dem Gründungsparteitag am 16.06.07 konstituiert!

Als Selbstständige, Unternehmer und Freiberufler, die ihre politische Heimat in der neuen Linken sehen, nutzen wir diesen Schritt für neue Perspektiven und Rechte in der politischen Arbeit wie z.B. das Recht, Delegierte zu Parteitag zu entsenden.

Damit dieser Schritt auch tatsächlich Wirkung erzielt, rufen wir Euch, Genossinnen und Genossen, Selbstständige, Unternehmer und Freiberufler auf, mit Eurer Unterschrift die Zugehörigkeit zur Arbeitsgemeinschaft zu manifestieren und Euch dann nach Euren Kräften an Diskussionen und Projekten der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen.

Im Übrigen wirken wir als Arbeitsgemeinschaft auch weiterhin in Eurem Umfeld. In Eurer Region gehen und arbeiten wir mit OWUS, als Verein und Interessenvertreter der Selbstständigen, Unternehmer und Freiberufler zusammen, die für sich und ihre Mitarbeiter aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung linke Positionen vertreten, denn hier wurde und wird auch in Zukunft sehr gute Arbeit geleistet und zu leisten sein.

Für die Arbeitsgemeinschaft ist eines klar: Jeder Genosse wird mit seiner Sachkompetenz in der Partei DIE LINKE gebraucht und deshalb: Tragt Euch in die Befürworter-Liste ein und sorgt dafür, dass unser Zusammenschluss zahlenmäßig stark, wirtschaftlich kompetent und politisch wirksam wird!

*Renate Vehlow*

**KONTAKT:**

*Renate Vehlow, Kreuzdornweg 5, 14542 Werder (H.), OT Glindow*

*Email: kvehlow@aol.com*

*FAX: 03327/732090*

## „Kein Objekt des Staates oder einer Partei“

November 1957

Am 01./02. 11. 1947 tagen die Schriftsteller des Landes Brandenburg in Potsdam.

Alexander Abusch spricht über die Lebensbedingungen der deutschen Schriftsteller; Minister Fritz Rücker stellt das Schloss Wiepersdorf für Schaffensurlaub

be von Schriftstellern in Aussicht; Peter Huchel spricht zur schriftstellerischen Arbeit am Rundfunk, die er als eine große Herausforderung sieht; Albert Kantorowicz spricht über die geistige Situation der deutschen Schriftsteller; nach seiner

Meinung darf der Schriftsteller „...kein Objekt des Staates oder irgendeiner Partei sein. Er gehört ins Zentrum des politischen Lebens und muss sich sein Verantwortungsbewusstsein scharf und unangetastet erhalten.“ (MV, 04. 11. 1947)

## DEFA-Vertrag unterzeichnet

November 1957

Der Vertrag zur Bildung der DEFA-Aktiengesellschaft zwischen der sowjetischen und der deutschen Seite wird am 3. November 1947 unterzeichnet. Ein Zusatzvertrag hat folgenden Wortlauf: „Beim Zentralsekretariat der SED ist ein Sonderausschuss gebildet worden, der ein internes Organ für die DEFA wird. Diesem Ausschuss werden die Produktionsplanung

und die einzelnen Produktionsvorhaben vorgelegt, die Filme in Rohfassung (Rohschnitt) und Endfassung vorgeführt werden, soweit sie für Deutschland bestimmt sind. Die vertragsschließenden Seiten sind sich darüber einig, daß die Entscheidungen dieses Ausschusses als maßgeblich für die ideologische Arbeit von Vorstand und Aufsichtsrat anerkannt

werden. Die Personalpolitik der DEFA wird in Übereinstimmung mit der Personalpolitischen Abteilung beim Zentralsekretariat der SED durchgeführt werden. Dieses Sonderabkommen ist ein Teil des Gründungsvertrages. Es kann nicht durch Beschlüsse der Hauptversammlung des Aufsichtsrates und des Vorstandes geändert werden.“

## „Dank den Sowjetsoldaten“

November 1957

Ein Gedenkstein wird am 6. November 1957 in der Nähe des Grünen Gitters enthüllt. Auf ihm ist zu lesen: „Dank den Sowjetsoldaten / sie schützten im April

1945 / Sanssouci / vor der drohenden Zerstörung / durch die Faschisten“

## „... den hochgeehrten Offizieren ...“

November 1842

Eine Witwe mit sieben Kindern dankt am 30. November 1842 im „Wochenblatt“ den „hochgeehrten Offizieren des Gardesousarenregiments“ für eine reiche Spen-

de, die gelegentlich eines Mahls in der Restauration der Eisenbahnhalle gesammelt worden war, „da durch dies Geschenk die lange entbehrten mütterli-

chen Freuden des heiligen Weihnachtsfestes ihr wieder einmal teilhaftig werden können“.

## Zwischen Vergangenheit und Zukunft Preußische Toleranz- Mythos, Wirklichkeit und Anknüpfungsmöglichkeiten

Über Preußen und seine Bedeutung für die Gegenwart wurde in den letzten Jahren viel geredet und geschrieben. Dahinter steht der Versuch, bestimmte Traditionen des Hohenzollernstaates für die Zukunft fruchtbar zu machen und eine positive brandenburgische Identität zu stiften. Manch ein „Fan“ vergaß dabei, dass nicht alle preußischen Traditionen zur Anknüpfung geeignet sind. Zum Teil griff ein unreflektierter Preußenfimmel um sich, der auch den ehemaligen Sozialminister Ziel (SPD) erfasste und ihn voller Übermut zu dem Vorschlag verleitete, ein neues Bundesland „Berlin-Brandenburg Preußen“ zu nennen. Welche Assoziationen solche Ideen wecken, hatte er wohl nicht bedacht.

Um Preußen rankten sich von jeher Mythen und Legenden. Auf seine Traditionen beriefen sich sowohl Liberale als auch Reaktionäre, Monarchisten und Demokraten. Der Grund: Preußen steht eben nicht nur für Rückständigkeit und Militarismus, sondern auch für Fortschritt und Reformen.

Um sich dieses schwierigen Themas anzunehmen, veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 25. September in der Dortustraße eine Diskussionsrunde. Als Referenten konnten der Preußen-Spezialist Prof. Dr. Vetter, die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg Prof. Dr. Weiß und der Potsdamer Politologe Dr. Erstling gewonnen werden. Die Moderation übernahm Dr. Lothar Schröter vom

Kreisvorstand DIE LINKE in Potsdam. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen das Toleranzedikt des Großen Kurfürsten von 1685 und die Frage, welche Anknüpfungspunkte sich daraus für die brandenburgische Gegenwart ergeben.

Nach einer kurzen Einführung des Moderators referierte Prof. Vetter ausführlich über die Geschichte des preußischen Staates. Er sprach von den ärmlichen Anfängen Preußens, das zu Beginn aus nicht mehr als einigen Herrschaften am Rhein, der Mark Brandenburg, Hinterpommern und Ostpreußen bestand und 100 Jahre später zur mächtigsten Macht in Nordeuropa aufstieg. Große Beachtung schenkte Vetter der Betrachtung Friedrich Wilhelms, in dessen Regentschaft das „Edikt von Potsdam“ erlassen wurde. Es bot den in Frankreich wegen ihrer Religion verfolgten evangelischen Glaubensgenossen, den Hugenotten, freie und sichere Niederlassung in Preußen an. Den Flüchtlingen wurden großzügige Privilegien gewährt, unter anderem die Befreiung von Steuern und Zöllen. Zusätzlich erhielten sie Land, Subventionen für Wirtschaftsunternehmen und eine separate französischsprachige Verwaltung. Zudem wurde die Bezahlung ihrer Pfarrer durch das Fürstentum übernommen. Vetter stellte in diesem Zusammenhang heraus, dass die Ansiedelung der Fremden kein reiner Akt der Nächstenliebe war, sondern im ureigenen Interesse des Königshauses begründet lag. Die Entvölkerung

Preußens durch den 30-jährigen Krieg hatte den wirtschaftlichen Niedergang ganzer Landstriche zur Folge. Von den Flüchtlingen, die als besonders gebildet und tüchtig galten, erhoffte sich der König einen starken wirtschaftlichen Impuls, um letztendlich die Macht Preußens zu vergrößern. Dass sowohl Katholiken als auch Juden den protestantischen Bürgern gegenüber nicht gleichberechtigt waren, zeigt, dass das berühmte Zitat von Friedrich II, bei ihm könne „jeder nach seiner Fassung Selich“ werden, durchaus ambivalent zu sehen ist.

Die Integrationsbeauftragte Prof. Weiß nahm diesen Gedanken auf und zog Parallelen zur Gegenwart. Ihrer Auffassung nach wird die Toleranz zu sehr unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet, während die humanitäre Seite weitgehend ausgeblendet wird. Sie betonte die Notwendigkeit einer verstärkten interkulturellen Erziehung zur Förderung von Toleranz und hob zugleich die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit hervor.

Dr. Erstling bezog sich in seinem Vortrag auf die Gegenwart und erklärte, warum Toleranz für unser Gemeinwesen unverzichtbar ist. Er wies darauf hin, dass Potsdam einer der attraktivsten Orte ist, in dem man hierzulande leben kann, und dass zu einem „guten Leben“ eben auch gehört, dass dem Einzelnen seine Verschiedenheit zugestanden wird. Das sei das Mindeste, wenn Potsdam eine Zukunft als Wissenschaftsstandort und anziehendes Reiseziel beanspruchen möchte. Der Referent mahnte vor allem aktive Schutzmaßnahmen für die hier lebenden Bürger fremder Herkunft an. Die Kommune müsse hier gemeinsam mit den Fremden und der Polizei ein Zeichen setzen. te

## „Jahrhundertautor und universaler Künstler von Weltrang“

So nennt Jens-Fietje Dwars den Maler, Erzähler, Filmemacher und Dramatiker Peter Weiß. Es wundert nicht, dass der Autor der neuen Weiß-Biografie „Und dennoch Hoffnung. Peter Weiß“ zu Superlativen greift, denn Dwars studierte Philosophie in Wrocław, Berlin und Jena, schreibt heute selbst Bücher, macht Filme und Ausstellungen. Eine gute Voraussetzung, die Kunst von Peter Weiß zu verstehen und sie in dem vorliegenden Buch über dessen Leben der Allgemeinheit nahezu bringen.

Dwars las bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg aus seinem Buch, erzählte vielmehr, warum er die kaum zu überbietende Wertschätzung für den 1916 in Neubabelsberg geborenen Sohn einer Schauspielerin und eines Tuchfabrikanten empfinde, der sein Lebenswerk schließlich darin fand, die ihm zur Verfügung stehenden Mittel der Sprache und des Bildes für den Aufbruch in den Traum des 20. Jahrhunderts, der sozialen Befreiung der Menschen, einzusetzen. 1935, gerade 19-jährig, hatte Peter Weiß ein Bild gemalt, „Die Maschinen greifen die Menschen an“, das man im Nachhinein als Sinnbild seines Schaffens bis zu seinem Tode 1982 bezeichnen kann. Maschinen, von Menschen geschaffen, richten ihre Wirkung gegen ihre Urheber – Menschen vernichten sich selbst, solange sie sich nicht von funktionierenden Maschinen unterscheiden. Gegen diese Selbstvernichtung schrieb Weiß an, ein Marxist, dem der Sieg der Revolution und der real existierende Sozialismus nicht reichten.

Weiß wollte mehr: Die politische Revolution sollte,

turpolitik mit seinen Gedanken über die Rolle des Einzelnen, über die Bewertung von Fehlern, Siegen und Niederlagen. Und so war es kaum verwunderlich, dass Weiß' Jahrhundertwerk „Die Ästhetik des Widerstands“ 1975 zuerst in Westdeutschland erschien.

Jens-Fietje Dwars erinnert sich, wie der Band einschlug unter den Philosophiestudenten, die seiner habhaft werden konnten, ehe der erste Band 1983 in der DDR erschien, wie er weitergereicht wurde, regelrecht per Hand abgeschrieben wurde, weil es noch keine Kopierer gab. Er selbst hat sein Diarium behalten – ein Beleg dafür, welchen Stellenwert „das letzte große Kultbuch des 20. Jahrhunderts“ für die kommende Generation sozialistisch gebildeter Philosophen hatte.

Doch seit dem Zerfall des Sozialismus rede keiner mehr über Peter Weiß, hat Dwars festgestellt. Darum habe er die Biografie geschrieben. Denn „die Welt schreit nach Veränderung“, und er stellt die Frage: „Was sagt es über unsere Zeit, dass es (das Buch ‚Die Ästhetik des Widerstands‘) unserer Zeit nichts mehr sagt?“. Es mache Angst, Angst um die Leute, die sich so sicher fühlen. Dwars bezeichnet Peter Weiß als „den durch Nietzsche hindurchgegangenen Marx“. Das was fehlte an den zwei großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts war, dass die politische wie die ästhetische Revolution nebeneinander, aber nicht zusammen geführt wurden.

„Aufgehoben und abrufbar“ seien die Erkenntnisse durch Peter Weiß. Erkenntnisse, die Kunst geworden sind in seinen Werken, eben nicht vergänglich, Kunst als „Übungsfeld“ (Schiller) für weitere Revolutionen, in der



Jens-Fietje Dwars las bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg aus seiner Peter-Weiß-Biografie „Und dennoch Hoffnung“ über die „Wiederentdeckung des wichtigsten Autors der deutschen Nachkriegsliteratur“, befragt von der Literaturwissenschaftlerin Dr. Margrid Birken.

musste auch von der ästhetischen Revolution getragen werden. Und so wurde der Sozialist Weiß auch gleichzeitig Kritiker des konkret existierenden Sozialismus – von außen, nämlich von Schweden, aus dessen Exil er nach dem 2. Weltkrieg nicht zurück nach Deutschland gekommen war. Solange Weiß mehr vom Sozialismus erwartete, als der zu geben imstande war, war Weiß ein im Westen willkommener Intellektueller.

In der DDR wurde er zeitweilig schwer gelitten, er überforderte die in den Kalten Krieg eingebundene Kul-

tuversicht auf die Regenerierungsfähigkeit des Lebens in der Geschichte von Niederlagen, wie Dwars sie bei Weiß liest.

„Die Gelegenheit der Geschichte wie im 20. Jahrhundert kommt nicht wieder, es ist Gegenstand der Kunst, die Sinne zu schärfen, um die Chancen der nächsten Zeit zu finden“, meint der Philosoph und Künstler Jens-Fietje Dwars.

Rainer Dyk

Dienstag, 20.11., 18 Uhr:  
Podiumsdiskussion

„Die Welt in  
der wir leben.

Die Jahre 1947/48  
und ihre  
Weichenstellungen  
für die Gründung  
beider deutscher  
Staaten.  
Adenauer, Ulbricht,  
der Kalte Krieg  
und die Spaltung  
Deutschlands und  
Europas“

mit Prof. Dr. Rolf Badstübner  
und Prof. Dr. Günter Benser  
(beide Berlin),

Geschäftsstelle der RLS Brandenburg,  
Dortustr. 53



## Parken in der Innenstadt

### Schilderflut und Regelungswahn mit System (?)

Es kann ja sein, dass es Sinn macht, wenn sich im Umkreis von 300 Metern in Potsdam über zehn(!) verschiedene Regelungen für das Parken finden lassen. Nur welchen Sinn? Ein Blick in den Haushalt lässt z. B. die Überlegung zu, dass die dort eingeplanten 2,248 Mio. € Bußgeldeinnahmen erfüllt werden müssen. Die Idee, einen undurchsichtigen Schilderparcours aufzubauen, der selbst noch Anwohner das Fürchten lehrt, könnte feinsinnig in der Stadtverwaltung erdacht worden sein. Gleichzeitig beweist man der LINKEN, dass die Idee des Öffentlichen Beschäftigungssektors angekommen ist. So ziehen Ordnungsamtsmitarbeiter paarweise um die Blocks und verwarnen fleißig jeden, der sich im Schilderwald verfangen hat. Besonders hüpfst das Herz des Kämmerers, wenn der ahnungslose Fremde einen Parkschein für die falsche Straßenseite gelöst hat und ein Knöllchen als Zugabe bekommt. Doppelt hält besser. Einziges Schlupfloch, eine Regelung im Bußgeldkatalog: gänzlich ohne Parkschein wird mit 5 € Verwarngeld sanktioniert. Somit kann bei 2 € Stundenpreis bereits nach 2,5 Stunden günstiger geparkt werden. Es sei denn, die Ordnungsamtsmitarbeiter bleiben am Fahrzeug, um zu bezeugen, dass dort ununterbrochen unbezahlt geparkt wurde.

Aber das rechnet sich nicht, bleiben doch in der Zeit andere unbehelligt. Wie Hohn wirken die neuen Aufkleber an den Parkscheinautomaten „Vorsicht Diebstahl“, während Bürgerinnen und Bürgern in die Brieftasche gegriffen wird. Wenn in der Innenstadt alles abgegrast ist, geht es in die Alleestraße zum Abzocken. Hier gibt es die „Billigvariante“ – gar keine Beschilderung und der unbefestigte Seitenstreifen, auf dem gemäß StVO geparkt werden muss, wird wahlweise zum Gehweg, zur Grünanlage oder zur Baumschutzinsel erklärt.

Viele Schilder in Schilda. Damit sollte Schluss sein. Eine vernünftige Parkraumbewirtschaftung sieht anders aus. In Berlin gelten z. B. zonenweise einheitlich die Parkzeitzonen und das Anwohnerparken. Gleiches wäre für Geschwindigkeitsbegrenzungen zu überlegen. Potsdam braucht ein integriertes Verkehrskonzept, das für weniger und flüssigeren Verkehr sorgt. Park and Ride/Bike gekoppelt an einen gut strukturierten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Orientierung auf kurzes Parken bei Erfordernis in der Innenstadt. Parkraumbewirtschaftung als Einnahmequelle reicht für den Anspruch einer guten Kommunalpolitik nicht aus.

-ph-



# Ein Museum ist ein Museum, ist ein Museum...

Von Dr. Karin Schröter, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der SVV

## Kompetente Debatte

Seit langem steht das Museum in der öffentlichen Diskussion. Klar ist, das Potsdam-Museum muss mit neuem Konzept stärker in die Mitte rücken. In der Abwägung waren zwei Varianten. Variante eins war das Alte Rathaus, das sich Museum und Kulturhaus teilen sollten. Oder Variante zwei: das Brocksche Palais in der Yorckstraße am Kanal, das von einem Investor saniert und an die Stadt langfristig vermietet werden sollte. Nach intensiver Debatte entschied sich der Kulturausschuss für den zweiten Vorschlag, waren doch Gründe wie zentrale Lage, ausreichend Fläche, Umsetzung des Ausstellungskonzeptes für das eindeutige Votum ausschlaggebend. Das war im Frühjahr dieses Jahres.

## Entscheidungsstau

Plötzlich kam der Entscheidungsprozess ins Stocken. Im Sommer wurde eiligst ein Finanzgutachten durch den KIS in Auftrag gegeben. Im September lag es

endlich vor, nur entschlüsselbar sei es nicht gewesen, kommentierte die Verwaltung. Nach monatelangem Verzug muss es nun einen Vorschlag des Oberbürgermeisters geben. Ich fragte in der StVV, wird die Verwaltung den Empfehlungen des Kulturausschusses folgen?

Mit dem Hinweis „Wir müssen erst untereinander diskutieren“ – gemeint war die Beigeordnetenkonferenz – war wieder alles offen.

## Aus zwei mach eins

Inzwischen ist das Geheimnis gelüftet. Die Vorlage des Oberbürgermeisters sieht etwas anderes vor, als der Fachausschuss mehrfach bekräftigt hat. Die Verwaltung möchte mit dem Potsdam-Museum in das Alte Rathaus einziehen.

Das steht auch im Widerspruch zu Bewertungen, die der Museumsverband des Landes getroffen hat und ebenso zu den Präferenzen des Freundeskreises des Potsdam-Museums, der mit großem Erfolg das Brocksche Palais zum Tag des offenen Denkmals präsentiert hat.



Die Linksfraktion kritisiert an dem Vorschlag, dass auf Kosten eines funktionierenden Hauses sich jetzt zwei Einrichtungen – Kulturhaus und Museum – die vorhandenen Räume teilen sollen. Es ist zu befürchten, es könnte nur noch ein Museum mit Saal-Anschluss übrig bleiben. Beiden Kulturträgern wäre damit nicht gedient.

## Wie weiter?

Auf Antrag der Linken gab es eine Mehrheit für die zügige Sanierung des Alten Rathauses. Die Funktionen des Hauses müssen sich in den Planungen widerspiegeln. Jetzt droht hier ein weiteres Mal eine Verzögerung für ein lange aufgeschobenes Projekt.

Ob es einen langfristigen finanziellen Vorteil gibt, ist nicht ausgemacht. Das Finanzgutachten ist interpretierbar. Ich hoffe auf einen parteiübergreifenden Konsens, um dem fast 100-jährigen Museum endlich ein zukunftsicheres Domizil zu geben.



## Bürger als „Versuchsobjekte“?

### Feldversuch Zeppelinstraße umstritten/Fraktion DIE LINKE gegen diese Mehrbelastung

Sind die Bürger von Potsdam-West unsere Versuchsobjekte? Die Zeppelinstraße ist mit 26.000 bis 40.000 KFZ pro Tag extrem ausgelastet. Die Belastung der Anwohner mit Lärm, Abgasen und Feinstaub ist unzumutbar. Die Stadt Potsdam hat keine alternative Straßenverbindung, die geeignet wäre, die westlichen Stadtteile leistungsfähig mit dem Zentrum und den südlich der Havel gelegenen Stadtteilen zu verbinden. Deshalb ist es unverzichtbar, in jede Richtung zwei Fahrstreifen effektiv für Straßenbahn, Bus und alle übrigen Fahrzeuge gemeinsam zu nutzen. Eine Einengung auf nur einen Fahrstreifen provoziert Staus in den engen Nebenstraßen. Die leidgeprüften Anwohner dürfen auch nicht in vermeintlich guter Absicht einem neuen Stauabenteuer ausgeliefert werden! Wir haben schon mehr als 200 Tage Stau in Folge von Baustellen erlebt. In keinem Fall ist der Verwaltung bisher

eine sinnvolle Umleitung gelungen. Mit welcher Zuversicht behaupten die Beigeordneten Frau Kuick-Frenz und Frau Müller, dass sie es dieses Mal besser könnten? Wir haben beantragt, die Züge des RE 1 zu verdichten und alle halbe Stunde in Charlottenhof und in Wildpark / Sanssouci halten zu lassen. Umgesetzt ist das leider noch nicht! Wir dürfen jedoch nicht die Augen davor verschließen, dass auch bei Optimierung des ÖPNV die Abwicklung von 40.000 KFZ pro Tag in der Zeppelinstraße eine Herausforderung bleibt, die im Interesse aller stauarm gemeistert werden muss! Solange es keine Havelspanne gibt, müssen die real vorhandenen Verkehre möglichst flüssig und verträglich durch den „Flaschenhals“ Zeppelinstraße durchgeschleust werden, wie auch durch Schollstraße, Nansenstraße und Kastanienallee. „Freie Fahrt“ für die Straßenbahn in der Zeppelinstraße wäre nutzlos, wenn sie

auf dem Hinweg in der Schollstraße im Stau warten müsste. Diese Argumente wurden auch auf der Bürgerversammlung am 22.10.2007 diskutiert. Alle anwesenden Experten erläuterten dort, dass zur Verringerung der Emissionen ein flüssiger Verkehr nötig ist und keine Verdrängung in anliegende Gebiete erfolgen soll. Die Verwaltung beharrte darauf, mit dem Stauversuch einer Fahrspur die Probleme lösen zu können. Bei der übergroßen Mehrheit der Bürger konnten jedoch die Bedenken, dass diese Versuchsanordnung zu Mehrbelastungen und Stau führt, nicht ausgeräumt werden. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, im mittleren Teil der Zeppelinstraße keine Verkehrsraum einschränkende Maßnahmen durchzuführen und die Forschungen anders zu organisieren.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel,  
Stadtverordneter DIE LINKE

## Europäische Linke vor neuen Herausforderungen

**Aktuell interviewt:**

**Katja Dahme, Landessprecherin der Linksjugend [solid] und Landesvorstandsmitglied DIE LINKE**

**Vom 23. bis 25. November wirst Du als Delegierte zum Parteitag der Europäischen Linken bei einem Treffen der Europäischen Linken (EL) in Prag dabei sein. Worum geht es da eigentlich?**

Wenn im November über 200 Delegierte aus 17 Ländern Europas in Prag zusammenkommen, dann vor allem mit dem Ziel, der vor drei Jahren gegründeten Europäischen Linken noch mehr Leben zu geben. Denn wenn sich der Zusammenschluss linker Parteien Europas mit einem Problem konfrontiert sieht, dann mit dem, dass er oftmals mehr wie ein Dachverband denn als eine Partei wahrgenommen wird.

**„Europa“ scheint für viele weit weg. Was kann Deiner Ansicht nach so eine politische Kraft überhaupt bewegen?**

Für viele Menschen ist die vielzitierte „Globalisierung“ mit Ängsten verbunden. Ob die Auslagerung von Arbeit in Billiglohnländer, militärische Konflikte oder Umweltkatastrophen – die Aussicht auf Profite macht längst nicht mehr vor Landesgrenzen Halt. Das wissen auch die Mitgliedsparteien der EL und diskutieren mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 2009 nicht nur inhaltliche Positionen, sondern auch einen möglichen gemeinsamen Wahlantritt. Praktisch hieße das zum Beispiel, dass deutsche KandidatInnen in Frankreich, luxemburgische Linke in Spanien antreten könnten. Meines Erachtens ist das die richtige Antwort auf einen globalisierten Kapitalismus, dem man über die Nationalgrenzen hinweg eine Alternative gegenüberstellen muss.

**Du bist Landessprecherin der Linksjugend [solid] Brandenburg und jugendpolitische Sprecherin im Landesvor-**



**stand der Partei DIE LINKE. Brandenburg. Da erwartet man nicht unbedingt Deinen Arbeitsschwerpunkt bei internationaler Politik. Oder?**

Man darf nicht den Fehler begehen, Interessen junger Menschen auf typische Jugendthemen zu begrenzen. Für viele Jugendliche ist das Praktikum im Ausland ein Muss, um auf dem Arbeitsmarkt hervorstechen, anderen ist gerade diese Möglichkeit durch eine bereits geschehene gesellschaftliche Isolation genommen. Man muss sich fragen, wie es dazu kommen konnte, dass Lebensrealitäten

junger Menschen so unterschiedlich sein können. Und man wird nicht lange brauchen, um zu erkennen, wie sehr die Entwicklung eines Jugendlichen von seiner Herkunft abhängt. Sei es, dass er aus der vielzitierten „Unterschicht“ kommt, oder als Mensch mit Migrationshintergrund weniger Rechte und Möglichkeiten hat als sein Freund, der im Besitz der Staatsbürgerschaft ist. Diese Ungerechtigkeiten veranlassen mich sowohl in der Jugendarbeit aktiv zu sein als auch verstärkt die Zusammenarbeit mit MigrantInnen zu suchen. Da mehr als die Hälfte der Gesetze, die unser Leben beeinflussen, auf europäischer Ebene beschlossen werden, muss man Lösungen finden, die sich nicht allein auf den nationalstaatlichen Rahmen orientieren.

**Auch viele Potsdamer sind mit einem monatlichen Mitgliedsbeitrag von 50 Cent Mitglieder der Europäischen Linken. Siehst Du hierin eher eine Formalität oder ein wirkliches Bekenntnis?**

Jeder Beitrag ist wichtig für die Arbeit der EL. Wir müssen jedoch noch mehr Wege finden, wie die Europäische Linke in der Basis erlebbarer wird.

Dass zuletzt Lothar Bisky vom aktuellen Vorsitzenden der EL, Fausto Bertinotti (Italien), als sein Nachfolger vorgeschlagen wurde, kann dabei nur einer von vielen Schritten sein.

## Neuer Militärstudiengang an Uni Potsdam umstritten

Mit 15 Immatrikulierten wurde in diesem Semester ein neuer Masterstudiengang an der Universität Potsdam ins Leben gerufen. „Military Studies“, in dieser Form einmalig in Deutschland, setzt sich aus den Bereichen Militärgeschichte und Militärsoziologie zusammen, wobei je ein Institut der Universität mit einer Einrichtung der Bundeswehr kooperiert.

Der überwiegende Teil der Lehrbeauftragten stammt von der Bundeswehr und wird durch diese auch bezahlt. Die Universität Potsdam betont jedoch, dass auch „kritische“ Forschung Raum erhalten werde und ist in Zeiten chronischer Unterfinanzierung offenbar wenig wählerisch, mit wessen Geld sie den Erhalt ihrer bedrohten (weil wenig verwertungsrelevanten) Soziologie finanziert. Das beteiligte Sozialwissenschaftliche Institut

der Bundeswehr jedenfalls versteht sich als Teil einer Armee „in der Transformation und im Einsatz“ und sieht seine Hauptaufgaben in der „angewandten streitkräftebezogenen sozialwissenschaftlichen Forschung“.

Nun wird freilich niemand ernsthaft kritisieren, dass an Hochschulen zu Kriegen und ihren Folgen Forschung betrieben wird. Ein weiteres Motiv für die Zusammenarbeit dürfte aus Sicht der Bundeswehr jedoch auch in der Rekrutierung eben jenes akademischen Nachwuchses liegen, dessen meist nicht sehr unabhängigen Forschungsergebnisse als Teil einer immensen Rechtfertigungsmaschinerie mittlerweile jeden Kriegseinsatz medial begleiten.

Moderne Armeen sind darauf angewiesen, Wahrheiten zu produzieren und

mehrheitsfähig zu machen, die ihre Existenz auch in Zukunft rechtfertigen. Wer vor diesem Hintergrund die Freiheit der universitären Lehre gefährdet sieht, ist nicht allein. Der Allgemeine Studierendenausschuss kritisierte am Rande der Eröffnungsveranstaltung den Versuch der Bundeswehr, durch eigenes Wissenschaftspersonal im zivilen Leben Fuß zu fassen, und lehnte eine Finanzierung universitärer Lehre durch das Militär strikt ab. Unter dem Motto „Bundeswehr raus aus der Uni“ hatte sich außerdem ein bunter Haufen Protestierender eingefunden, der die Militarisierung der Hochschule nicht unwidersprochen lassen wollte. Universität und Bundeswehr hatten für diesen „humanitären Einsatz“ nur wenig Verständnis.

Steffen Kühne



## SPD: Demokratischer Sozialismus – ein Gesellschaftsbild aus der Mottenkiste für die Zukunft?

„Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, an der innerparteilich umstrittenen Formulierung festzuhalten“, so Kurt Beck. Woran hat der Parteichef der SPD festgehalten? Gemeint ist das Gesellschaftsmodell des demokratischen Sozialismus, das aus dem ursprünglichen Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes herausgestrichen worden war. Dieser Begriff, mit dem die SPD seit ihrer Gründung ringt und dem nun, nach innerparteilichen Auseinandersetzungen, wieder ein Abschnitt gewidmet ist, hat drei Dimensionen.

Erstens ist der demokratische Sozialismus eine programmatische Bestimmung der eigenen Positionen. Er fordert die Etablierung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft jenseits demokratiefeindlicher Marktzwänge. Zweitens begründet er das geschichtliche Selbstbewusstsein der linken Bewegung. Die Idee wurzelt in der Arbeiterbewegung und im sozialen Bürgertum, ihren Kämpfen in den vergangenen 200 Jahren. Drittens grenzt sich die Sozialdemokratie mit

dem demokratischen Sozialismus gegenüber anderen politischen Kräften ab. Der Begriff diene sowohl als Alternative zum realen Sozialismus als auch zu sozialen Erscheinungen des Kapitalismus, um so den Anspruch als regierungsfähige linke Volkspartei zu untermauern.

Momentan ringen zwei Strömungen um die Vorherrschaft in der SPD – Traditionalisten und „neue Mitte“. Die einen wollen die Idee des demokratischen Sozialismus, weil nicht mehr auf der Höhe der Zeit, in die Geschichtsbücher verbannen und propagieren den „vorsorgenden Sozialstaat“, so Steinmeier, Steinbrück, Platzeck und die „Netzwerker“ in der SPD. Sie befürworten einen Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge und fordern, sich endlich von traditionellen Instrumenten zu verabschieden. Andere in der SPD, „die Linken“, sehen im Begriff des demokratischen Sozialismus auch im 21. Jahrhundert ein gesellschaftliches Projekt. Bisher setzten sich jedoch die „neuen Strömungen“ nicht durch. Warum? Beck und Teile der SPD reagieren

auf gesellschaftliche Veränderungen, die eine sozialere Politik fordert. Gleichzeitig bekommt die SPD Druck von der LINKEN und neuerdings auch von der CDU. Beide machen der SPD Konkurrenz und versuchen, ihr den Rang der Partei des Sozialstaates und der sozialen Gerechtigkeit streitig zu machen. Und das mit Erfolg.

Demokratischer Sozialismus als praktische Politik: Dahinter stehen Überlegungen für ein Bündnis sozialer Kräfte, die für eine Gesellschaft eintreten, in der die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte aller Menschen verwirklicht sind. Für die Gestaltung eines demokratischen Sozialismus ist ein Mitte-Links-Bündnis von SPD, LINKEN und Grünen notwendig, und auch möglich. Wollte Beck mit seiner Aussage die Tür für eine zukünftige Koalition offen halten?

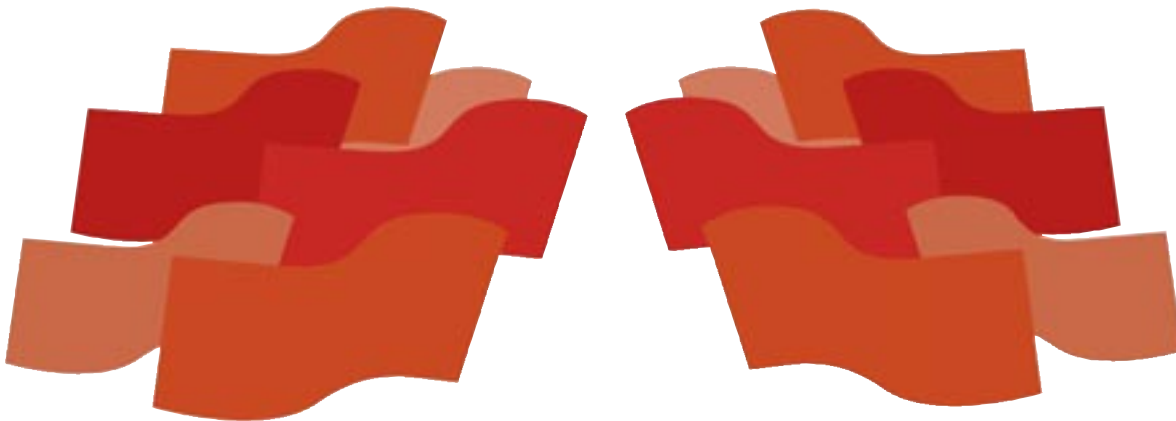
*Kai Kleinwächter, Student der Politikwissenschaft und Volkswirtschaft, Freier Mitarbeiter von WeltTrends.*

*Sascha Krämer, BABELconsult*

### Die Illusionen der SPD

*Matthias Platzeck hat vor kurzem erklärt, der Name „Matthias“ wäre hebräisch und würde „Geschenk Gottes“ heißen. Er hat sich seinen Vornamen wohl zum Lebensmotto erhoben. Früher zog Jesus durch das gelobte Land und tat Wunder. Heute wandelt Platzeck als „Geschenk Gottes“ durch Brandenburg und verwandelt Wasser in Wein. Diese Illusionen beherrscht die SPD fast so gut wie David Copperfield sein Handwerk. Brandenburg hat eines der sozial selektivsten Bildungssysteme. In keinem anderen Bundesland hängt die Ausbildung der Kinder so sehr am Geldbeutel der Eltern. Das neue Schulgesetz hat diese Selektivität noch verstärkt. Der Wechsel zwischen den Schultypen wird erschwert und die Auslese verstärkt. Bildungspolitisch ist dieses Schulgesetz Wasser.*

*Daraus macht die SPD Wein. Auf ihrem Parteitag im Juli heißt es: „Wir haben ein Schulsystem, das Durchlässigkeit gewährt und Bildungssackgassen aus dem Weg räumt. Es sorgt für mehr Chancengleichheit unserer Kinder.“ – Copperfield wäre stolz! Immer stärker muss die SPD die Ergebnisse ihrer falschen Politik kaschieren. Wir müssen diese Illusionen aufdecken. Schließlich kann Matthias Platzeck nicht übers Wasser laufen.*



## LINKE: Demokratischer Sozialismus als „freundlicher Geist“

„Ein Gespenst geht um...“. Diese aus dem Kommunistischen Manifest entlehene Metapher wurde im Zuge der Formierung der neuen Linkspartei von den Meinungsmachern mehrfach bemüht. Voller Häme natürlich. Ein wenig Angst klang in den Kommentaren dennoch an. Nun wurde der Terminus „Kommunismus“ durch den der „sozialistischen Idee“ ersetzt und die ist, um in diesem Bild zu bleiben, ein eher „freundlicher Geist“.

DIE LINKE präsentiert sich seit ihrer Gründung zunehmend als politische Alternative zum neoliberalen Lager und mit ihr steht im deutschen Bundestag wieder der „demokratische Sozialismus“ auf der Agenda. Während die SPD darüber streitet, ob dieser Begriff zumindest als Blendwerk in ihrem neuen Grundsatzprogramm verbleiben soll, ist der „demokratische Sozialismus“ ein konstituierendes Element der neuen Linkspartei und zugleich der normative Fixpunkt ihres politischen Handelns.

Doch was genau meint DIE LINKE mit diesem Begriff, welches Verständnis von Sozialismus treibt sie an? Zunächst ist zu konstatieren, dass sie ihre Vorstellung von Sozialismus in der Theorie der Sozialen Demokratie verortet sieht. Ein Demokratieverständnis, das als aktivistisch und expansionistisch interpretiert werden kann. Demzufolge sollen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft so reformiert werden, dass die politische Demokratie auf die gesellschaftliche Sphäre ausgedehnt wird. Verteilungs- und Machtstrukturen sollen zum Zwecke der Herstellung von mehr Gerechtigkeit gesteuert werden. Mit formellen Rechten und Freiheiten im Rahmen der öffentlichen Institutionen geben sich die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ nicht zufrieden. Sie setzen zusätzlich auf die Errichtung einer Sozial- und Wirtschaftsdemokratie sowie auf den Ausbau von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen. Hintergrund dessen ist der Schutz des In-

dividuums vor der wirtschaftlichen Macht der Kapitaleigner, die immer auch politische Macht ist, jedoch ohne demokratische Legitimation. Die Demokratie ist dieser Lesart von Sozialismus zufolge sowohl Mittel als auch Zweck des politischen Handelns.

DIE LINKE trägt mit ihrer Vorstellung vom „demokratischen Sozialismus“ in besonderem Maße dem Grundgesetz Rechnung, das dem Rechtsstaat den Sozialstaat als gleichrangigen Partner zur Seite stellt. Das Grundgesetz sichert nicht nur in Artikel 14, Absatz 1, das Eigentum, es mahnt auch dessen Gebrauch zum Wohle der Allgemeinheit an. Die Freiheit des Individuums wird erst dann real, wenn dessen materielle Grundbedürfnisse befriedigt sind. Freiheit heißt immer auch nein sagen zu können, ohne Gefahr zu laufen, in bittere Armut zu geraten.

# Wolfgang Joops **Tipps** für al-Qaida

Von Matthias Krauß

Das ultramoderne Brasilia hat den Architekten Oscar Niemeyer berühmt gemacht. Das barocke Potsdam hat ihn bloß reicher gemacht. Vor einiger Zeit erhielt Niemeyer von der Stadt den Auftrag, ein Spaßbad zu projektieren. Eingesandt hatte der Künstler einen Entwurf, der an eine futuristische Mondkolonie und daran erinnerte, wie man sich derartige Etablissements in den fünfziger Jahren vorstellte. Das gefiel nicht allen. Der Streit darüber, ob man dem Potsdamer Stadtbild diese Moderne antun sollte, ist jäh beendet worden: Das Wirtschaftsministerium zerriss den Plan, gleich mehrere Förderbedingungen seien nicht erfüllt, hieß es. Kein Geld, kein Bad, kein Spaß. Dafür blieb eine Mondlandschaft zurück, die schon mal für vier Millionen aufgerissen und nach Blindgängern durchsucht worden war.

Oscar Niemeyer ist über 90, er hat als Honorar eine knappe Million überwiesen bekommen und kann gönnerhaft drüberstehen. Potsdam kann das schon lange. Über Nebensächlichkeiten spricht Oberbürgermeister Jakobs (SPD) ohnehin nicht gern. Zum Beispiel über die gescheiterte Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas. Schließlich hat die stolze Perle an der Havel mit ihren 16 Schlössern oder schlossähnlichen Gebäuden vor allem Erfolge aufzuweisen. Sie erstrahlt in altem Glanz. Am Wasser und unweit von Berlin liegt Potsdam inmitten sanfter Hügel und genießt sich selbst. Vor 17 Jahren hat ein wahrer Wettlauf von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, Verbänden oder Stiftungen eingesetzt, um dieser Perle mit ungeheurem finanziellen Aufwand wieder die angemessene Fassung zu geben.

Millionen Touristen würdigen das Ergebnis. Während Hotels im Land Brandenburg als Pleiteaspiranten gelten, sind sie in Potsdam Selbstläufer. Die Arbeitslosigkeit ist hier seit der Wende nur halb so groß wie im Landesdurchschnitt. Nirgends gibt es Institute in solcher Dichte. Oracle hat sein Deutschlandzentrum in Potsdam errichtet, VW sein Designzentrum. Selbst die Studenten der Stadt gelten als die reichsten in ganz Ostdeutschland. Das neue Theater macht architektonisch der Oper in Sydney Konkurrenz. Das Stadtschloss soll demnächst als Landtagshort wiedererstehen, was Abermillionen und die Verlegung gerade renovierter Straßen und Brücken kostet.

In der Tat, es hat den Anschein, als liege diese Stadt auf einem anderen Stern und keineswegs in Ostdeutschland. Bevölkerungszuwachs, Gewerbesteuer-Explosion, ausgeglichener Haushalt, viele junge Frauen und eine Art Babyboom. Vorbildlich, ja akribisch rekonstruierte schöne Häuser, die darüber hinaus vermietet sind. Man fragt sich: Was hat dieses schillernde Gemeinwesen mit dem verschuldeten, notorisch schwächelnden Brandenburg zu tun? Bis einem aufgeht, dass es durchaus einen Zusammenhang gibt

und – nüchtern gesehen – beide, Stadt und Land, ihre überlieferten Positionen wieder eingenommen haben: Brandenburg als fast flächendeckend industrie-freie, ländliche Region – seine Hauptstadt als preußisch-deutsche Puppenstube, als Beamten- und Militärstadt, in der

Untersagte Behinderungen der Radfahrer und Jogger. Inzwischen säumen den Uferweg punktuell Wehranlagen aus Beton und Drahtverhau, welche die Architekten der einstigen Grenzanlagen vor Neid erblassen lassen könnten. Das Ganze ist ein unbezahlbares Symbol für Ostdeutschland schlechthin. Die große Mauer ist gefallen, die vielen kleinen erheben sich.

Nicht nur Brandenburg ist zweigeteilt, auch Potsdam. Wo hier die Grenze verläuft, erläuterte vor einigen Jahren ganz jovial ein höherer Beamter der Landesregierung: „Die Brandenburger – das sind hier die Schreiber.“ Natürlich kommt es zu solcherart Offenbarungen nicht häufig, man kennt die Regeln der geltenden spezifischen Verlogenheit. Jeder weiß, dass der Mann völlig Recht hat. Aber das ist noch längst kein Grund, es auszusprechen, jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit.

Die Prominenten geben bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor, Potsdam zu lieben. Tatsächlich lieben sie vor allem sich selbst und suchen den passenden Hintergrund, der ihre Exklusivität so recht erstrahlen lässt. Die Idee, die Sanssouci-Parks mit Eintrittsgeld zu belegen, findet bei vielen Bessergestellten Anklang. Warum sollte das Geld nicht bestimmen, wem Potsdams Schönheiten gehören? Vorerst bleibt es bei Automaten, die einen freiwilligen Obolus schlucken, doch zieht die Parkpolizei die Zügel schon mal an, beseelt von neuem Preußengeist: Wege im Park sind nicht länger Radwege, Wiesen keine Liegewiesen, die Parkufer keine Badeanstalt. Der Zusammenbruch der Industrie in Potsdam wie der Teltower und Stahnsdorfer Umgebung nach 1990 ließ die Alt-eingesessenen oft in ihren Plattenbauten Waldstadt, Stern, Schlaatz, Drewitz und Zentrum Ost verharren. Daraus wurden rasch die Refugien der Arbeitslosen. Aus den Villengegenden sind diese Leute längst verdrängt. Modemacher Joop, dessen ästhetischer Sinn durch die alten Neubauviertel beleidigt wird, sagte der Süddeutschen Zeitung, angesichts dieser Gebäude möchte man al-Qaida anrufen. So spricht ein Neu-Potsdamer von den alten. Bertolt Brecht ersann – bezogen auf Typen wie Joop – den Fisch Fasch mit seinem schneeweißen Asch. Selbstverständlich hat Joop das nur so zum Spaß gesagt, dass er die – immerhin bewohnten – Häuser am liebsten wegsprengen ließe.

Unbeirrt geht das Lämmerhüpfen von Politik und Medien um die Neu-Potsdamer Promis trotzdem weiter. Als Wolfgang Joop seinerzeit ein neues Parfum effektivvoll präsentieren wollte, schloss ihm die Landesregierung dafür gar historische Gebäude im Sanssouci-Park auf. Sie nahm in Kauf, dass die spitzen Hacken der edlen Damen das historische Parkett ruinierten, wo es die versehentlich herabrieselnde Zigarrenasche noch nicht ge-

## DER GEIST VON POTSDAM

*Wenn sich der  
Rheinbund und  
andere um  
Preußen  
kümmern*

Preußens Glanz das Gloria heute noch erahnen lässt. Schiere 33.000 Besucher ließen sich vor einigen Tagen die nun schon traditionelle Schlössernacht im Sanssouci-Park gefallen und begaben sich erneut auf die Suche nach dem „Geist des Ortes“, wie feinsinnige Ästheten einen großen Unbekannten nennen.

### Viele kleine Mauern

Die Mauer fiel. Und alle, alle kamen. Günter Jauch und Wolfgang Joop, Friede Springer, Volker Schlöndorff, Ex-Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, Berlins Innensenator Körting. Ministerpräsident Platzeck weiß zu berichten: „Immer kommt jemand und fragt, ob ich nicht doch noch einen Geheimtipp kenne, eine Villa, eine günstige Wohnung, ein besonderes Haus oder ein Grundstück am Wasser.“

Die neuen Reichen aus dem Westen bemächtigten sich Potsdams edelster Teile und formten dort ihre Kolonien. Ausgesprochen gern sammelten sie sich am Heiligen und am Griebnitzsee. Am Ufer des Letzteren verlief bis 1990 die Grenze zum Westteil Berlins, und die Wende vermachte den Potsdamern einen handfesten Gewinn in der neuen Grenzenlosigkeit. Der Postenweg der DDR-Grenzer am Griebnitzsee wurde einer der schönsten Spazierpfade der Stadt. Und der umstrittenste. Denn einige der neuen reichen Anrainer wollen inzwischen bei ihrem Zugang zum Wasser nicht länger irgendwelchen flanierenden Hinzen oder Kunzen begegnen. Sie kämpfen darum, dass der zu DDR-Zeiten für die Öffentlichkeit verbotene Weg erneut verboten wird. Bislang hielt die Stadtverwaltung stand. Ließ Kieshaufen wegräumen, die den Weg versperrten.

tan hatte. Die Frage, warum dann nicht gleich jedes Autohaus seine Gebrauchtwagen im Neuen Palais vorführen sollte, übergab die Staatskanzlei geflissentlich. Aber Joop wäre nicht er selbst, wenn er sich nicht auf seine Weise revanchiert hätte. Fisch Fasch schloss seine Edel-Boutique in der Potsdamer Innenstadt, sein Geschäftsführer teilte mit, die Potsdamer seien eben noch nicht reif für diese Art Kleidung.

### Weiche nie von Gottes Wegen ...

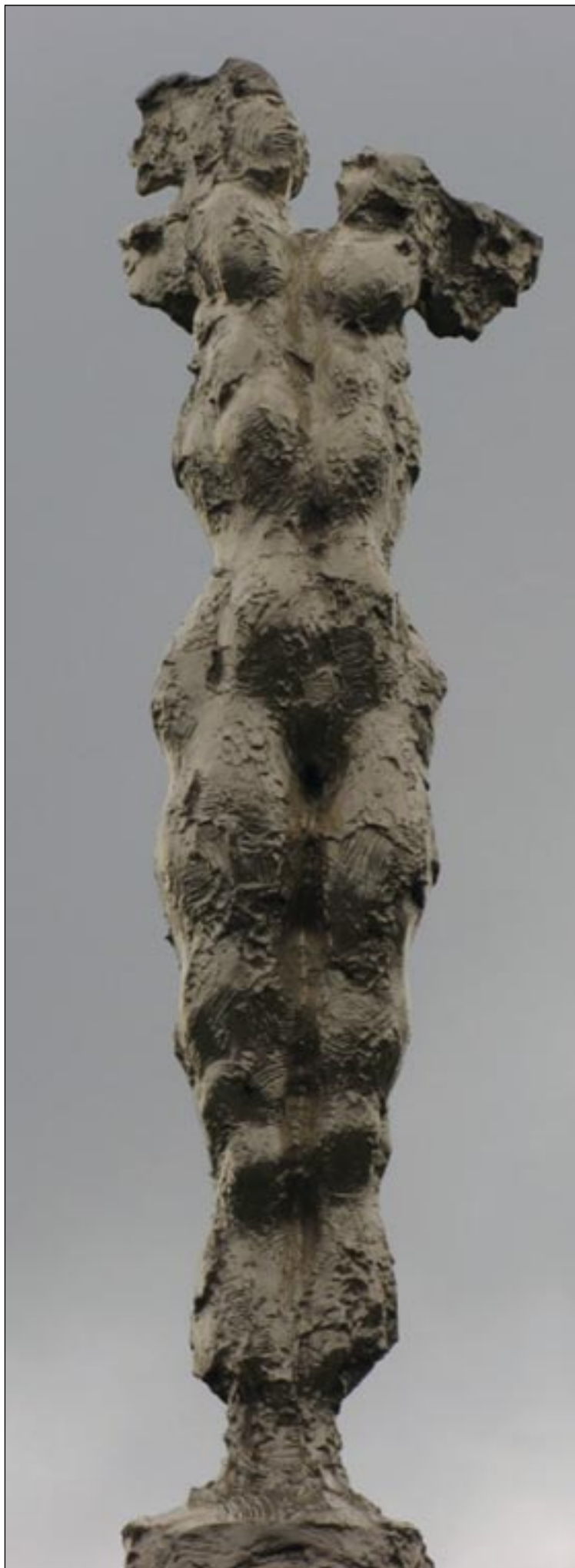
Längst vorbei ist die Zeit, in der Heinrich Heine schrieb, in Potsdam gebe es nichts außer Himmel und Soldaten. Das Militär bestimmt das Stadtbild nicht mehr. Lange ist es her, dass an Sonntagen blutjunge, verängstigte Rotarmisten in Paradeuniform von ihren Zugführern durch die Parks geführt wurden. Das letzte Andenken an die Russen, eine Lenin-Skulptur in der Schopenhauerstraße, ist vor zwei Jahren von einem Investor abgeschraubt worden. Dass es sich um ein Werk handelte, welches in der Denkmalliste Potsdams aufgeführt ist, tat nichts zur Sache.

Die Bundeswehr nutzt heute nur wenige der alten Potsdamer Kasernen. Das große Kommando, das die Auslandseinsätze bis in die Weltgeltung hinein koordiniert, findet sich einige Kilometer außerhalb der Stadt. Anfang der neunziger Jahre brachen Unbekannte in den dortigen Kasernen ein, setzten die Wächter fest, luden in aller Ruhe die Bewaffnung einer kompletten Kompanie auf einen Lkw und fuhren davon. Nie wieder hat man von ihnen etwas gesehen oder nur gehört.

Dafür hört man in Potsdam anderes. Die Fallschirmspringer der einstigen Iserlohn-Kaserne hatten nach der Wende in Potsdam einen Nachbau des Glockenspiels der Garnisonkirche neben jenem Platz aufgestellt, an dem die Ruine der Kirche 1968 gesprengt worden war. Seit 1994 ertönt nun wieder: „Üb' immer Treu' und Redlichkeit, bis an das kühle Grab. Und weiche nie um einen Deut von Gottes Wegen ab.“ Der Wind trägt die musikalische Sendung in den nebenstehenden Landesrechnungshof, dessen Vizepräsident seit drei Jahren wegen eines Betrugsvorwurfs vom Dienst suspendiert ist. Preußische Tugenden haben die Nachwende-Ministerpräsidenten von den Brandenburgern verlangt: Bescheidenheit, Pflichterfüllung, Treue. Von denen, die nach der Wende zusehen mussten, wo sie blieben.

Gegenüber den rund 4.000 Bediensteten im höheren und hohen Staatsdienst, die aus den alten Bundesländern stammen und selbstredend mehrheitlich auf Gottes Wegen wandeln, wurde diese Forderung nicht erhoben. Die hätten darüber schallend gelacht.

Sie konnten in Potsdam zum Teil binnen dreier Jahre Karrieren hinlegen, zu denen sie im Westen Jahrzehnte benötigt hätten. Sie genossen neben ihren 100-Prozent-Gehältern Buschzulagen, Zulagenzuschläge, zeitweilig noch extra Ministerialzulagen, Beamtenkindergeld, Umzugsbeihilfen, gestützte Essensangebote in neuen Gourmettempeln, das Recht auf



den blauen Montag – das ganze Sonnensystem an Vorrechten, mit denen der deutsche Staat diejenigen verwöhnt, denen er den sicheren, hoch bezahlten Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst garantiert. Dazu gehörte auch Trennungsgeld, ohne das es nicht zumutbar gewesen wäre, ins westsibirische Potsdam zu ziehen.

In den zurückliegenden Jahren freilich erschütterte ein einmaliger Skandal die Landeshauptstadt, als sich herausstellte, dass Trennungsgelder flächendeckend rechtswidrig gezahlt wurden: im hohen und höchsten Verwaltungsbereich, an Politiker, Wissenschaftler, Juristen. Im Sog der Affäre wurde ein Justizstaatssekretär wegen Betrugs verurteilt, musste der Präsident des Landesverfassungsgerichts zurücktreten, zahlten Gerichtspräsidenten, Staatssekretäre und Minister mehr oder weniger klammheimlich Trennungsgeld zurück. Über 1.000 Verdachtsfälle waren zu prüfen. Unter dem Eindruck dieses Geistes von Potsdam sprach Ministerpräsident Platzeck von einem „Anspruchsdenken, bei dem einem die Spucke wegbleibt“. Ein unabhängiger Bericht sprach von Betrugswillen und Kameraderie. Treu' und Redlichkeit waren vorübergehend unter die Räder gekommen.

Halten wir uns mit diesen Verirrungen einer Übergangsperiode nicht weiter auf, sondern lieber daran fest: Das einzig Böse, was dieser Stadt in ihrer gesamten Geschichte zustieß, waren die DDR-Jahre. Das ist ein wichtiger Eckpfeiler für den „Geist des Ortes“. Zehn Jahre nach der Wende hat der Bildhauer Wieland Förster mit seiner Nike '89 (Foto) ein Urteil über das einschneidende Ereignis und die Folgen abgegeben. Was der Künstler uns mit dieser Freiheitsgöttin sagen wollte, die von einer Stele neben der Glienicker Agenten-Austausch-Brücke grüßt, bleibt nicht verborgen. Jedenfalls nicht jemandem, der Augen hat zu sehen. Diese Freiheitsgöttin ist praktisch kopflos, hat anstelle von Armen nur Stümpfe, dazu Flügelchen, mit denen sie sich keine zwei Zentimeter erheben könnte – dafür aber ein ungeheures Geschlechtsteil.

So ist es, nur wer hat, gehört zur Crème. „Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm“ (Brecht). Pro Tag öffnen in Potsdam gefühlte zwei bis drei neue Genusstempelchen, wo die Reichen und Schönen, die Verbeamteten und die Erfolgreichen sich anspruchlosen Zerstreuungen hingeben. Auf dem Grab von König Friedrich stapeln sich derweil die Kartoffeln. Man bekommt eine Ahnung davon, warum es der König vorzog, mit seinen Hunden zu ruhen. Beziehungsweise bei ...

## Die Erde dreht sich doch: **80 Autoren** schreiben über die DDR

Unter der Überschrift „DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft“ erschien vor kurzem eine neue Publikation der Unabhängigen Autorengemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“. Ohne nostalgische Verklärung legen 80 Autoren sachlich, emotional oder ironisch das Zukunftstaugliche aus der DDR dar.

Die Sichten auf die Vergangenheit und der Blick auf zukünftige Erwartungen ist durchaus unterschiedlich, aber eine Haltung eint alle Autoren, die in einem Brecht-Zitat gültigen Ausdruck findet: „Und erst wenn wir gescheitert sind, vollständig und/Hoffnungslos geschlagen und unsere Wunden leckend./In traurigster Verfassung werden wir zu fragen anfangen, ob/Wir nicht doch recht gehabt haben und die Erde sich dreht.“

Drei besonders beeindruckende Beiträge seien herausgegriffen. Da ist einmal die Schilderung des über 90-jährigen Walter Ruge von einem Besuch 2006 in der russischen Region nördlich des Polarkreises, wo er in der Stalin-Ära in der Verbannung lebte. Er berichtet von herzlichen Begegnungen, davon, dass sich im heutigen Russland unkritische Stalin-Verehrung und faschistisches Gedankengut in enger Nachbarschaft befinden und unterstreicht seine Überzeugung als Kommunist, dass die Barbarei des Kapitalismus überwunden werden muss.

Eindrucksvoll skizziert Klaus Blessing die Probleme eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Er bietet acht Thesen Überlegenswertes über Erfahrungen im 20. Jahrhundert, das eine fruchtbare Diskussion verspricht.

Klaus Höpcke schreibt über Widersprüche im Sozialismus, wobei er den Schwerpunkt in seinen kulturellen Verantwortungsbereich in der DDR legt.

**Unabhängige Autorengemeinschaft „Als Zeitzeugen erlebt“** (Hg.): DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft. GNN Verlag, Schkeuditz 2007, 452 Seiten, 19 Euro.

### SELBSTBEKENNTNIS

1986 fragte mich mein damaliger Verlag nach meinen „Gedanken zur Biographie“.

Ich antwortete: „Sechzig Jahre musste ich werden, um den Kern meiner Person zu entdecken. Geboren mit einem kurzsichtigen rechten und einem weitsichtigen linken Auge, blieb ich dazu verdammte, Nahes stärker zu empfinden, Fernes deutlicher zu erkennen. Das war die Unrast, die mich vorantrieb. Sehnsucht, nie gestillte, nach einem Hafen der Ruhe, in dem ich es kaum drei Tage aushalten würde, befände ich mich einmal darin.“

Auch dieses Büchlein ist Versuch eines Ausbruchs aus bedrückender Lebenssituation.

Galt es doch, meiner seit Jahren pflegebedürftigen Frau zum Goldenen Jahrestag unserer Trauung am 05.07.2007 etwas zu bringen, was, trotz allem, hätte Hoffnung stiften können.

Es gelang nicht. Am 02.07.2007 verließ sie mich, unsere Söhne und Enkelkinder für immer. Erinnerungsberge von fünf Jahrzehnten drängen sich um mich, meine und ihre Jahrzehnte, gemeinsam durchlebt und bewältigt.

**Hermann O. Lauterbach**

### Lebens/Momente

Gedichte (1957-2007)  
ISBN 978-3-8334-8343-1  
Verlag: Books on Demand GmbH,  
Norderstedt

## Erinnerungen an ein unvollkommenes Leben

Einen ganz besonderen Gast begrüßte DIE LINKE am Samstag, dem 27. Oktober, in ihrer völlig überfüllten Lesecke in der Alleestraße. Annekathrin Bürger, eine der beliebtesten Schauspielerinnen der DDR, stellte ihre Autobiographie unter dem Titel „Der Rest, der bleibt“ vor.

„Der Rest, der bleibt“ ist eine bescheidene Autobiographie (mit dem Untertitel „Erinnerungen an ein unvollkommenes Leben“), die viel mehr enthält als die Erinnerungen einer Schauspielerin, die ein Filmstar war und noch heute vor der Kamera steht. Das Buch, das gemeinsam mit Kerstin Decker geschrieben wurde, spiegelt fast vierzig Jahre DDR-Geschichte und Menschen, die (ihr) in diesem Land wichtig waren, wider. Eine ungewöhnliche deutsch-deutsche Lebensgeschichte von den 40-er Jahren bis heute und ein beeindruckendes Zeugnis in Sachen Zivilcourage.

Umrahmt wurde diese Lesecke von einem Buchbasar, dessen Erlös an ein soziales Projekt in Potsdam geht.



### • tips & termine • tips & termine • tips • tips & termine • tips & termine

**So, 4.11., 11 Uhr:**

Sonntags-Matinee „Fenster zur Welt“ – Erfolgreiche Inszenierungen des Hans Otto Theaters im DDR-Fernsehen. 9. Folge: „Zaide“ (Das Serail) Ein deutsches Singspiel von W. A. Mozart, Altes Rathaus – Potsdam Forum, RLS\*\*

**Mo, 5.11., 14.30 Uhr:**

Filmspaziergang „Amerika – anders betrachtet“ mit Karl Kreutz, Dahlweid\* (1 €)

**Do, 8.11., 18 – 19 Uhr:**

Sprechstunde Dr. Scharfenberg, Bürgerbüro, Galileistr.37/38

**So, 11.11., 10 Uhr:**

Frühshoppen „Rathausreport live“ der Stadtfraktion DIE LINKE, Altes Rathaus Potsdam, Am Alten Markt

**Di, 13.11., 14.30 Uhr:**

Filmreise Kanarische Inseln „Mit Kamera und Kochbuch unterwegs auf El Hierro“ mit Dr. Rolf Rönz, Anmeldung bis 8.11. erforderlich, Dahlweid\* (5 €)

**Do, 15.11., 18 Uhr:**

Diskussion „Wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland – mit oder ohne Brandenburg und seine Landeshauptstadt?“ mit Prof. Dr. Christa Luft (Berlin), Ralf Christoffers (MdL, stellv. Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Bernau), RLS\*\*

**Fr/Sa, 16./17.11.:**

Info-Stände der Stadtfraktion DIE LINKE in verschiedenen Stadtteilen

**Sa, 17.11., 11 Uhr:**

Diskussion „Veränderungen der Personalstruktur an den Hochschulen“ mit Peer Jürgens, MdL, Hochschulpol. Sprecher der Fraktion DIE LINKE; Dr. Fred Albrecht, Kreisvorsitzender der GEW der Universität Potsdam, und

Norbert Konkol, ver.di, Landesbereichsfachbereichsleiter Wissenschaft und Forschung, RLS\*\*

**Sa/So, 17./18.11.:**

Seminar „Migration und Integration – kommen, bleiben, gehen“ mit Magdalena Wille und Wenke Christoph, Potsdam, Anmeldung: politische-bildung@solid-web.de (10 € inkl. Verpflegung)

**Mo, 19.11., 16.30 Uhr:**

Lokales Bündnis für Familien Am Stern, Club 18, Pietschkerstr. 51

**Di, 20.11., 14.30 Uhr:**

„Potsdam am Wasser – über vier Brücken“, Gespräch mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter, Dahlweid\*

**Mi, 21.11., 13.30-17 Uhr:**

Preisskat „18, 20, Buben 'raus“ mit Imbiss, Dahlweid\* (4 €)

**Do, 22.11., 16 – 17 Uhr:**

„Sprechstunde unter freiem Himmel“ mit Stadtverordneter Jana Schulze, PLUS-Kaufhalle, Großbeerenstraße

**Sa, 24.11., 15 Uhr:**

Lesecke mit dem Schriftsteller Hans Müncheberg, Haus der LINKEN, Alleestraße 3 in Potsdam

**Sa, 24.11.:**

Tag der Offenen Tür am Leibniz-Gymnasium und Übergabe 1. Bauabschnitt Campus Am Stern

**Sa, 24.11., 14-16 Uhr:**

Der besondere Stadtspariergang „Potsdam am Wasser – über vier Brücken“ mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter, Treffpunkt: Lange Brücke, Inseleingang, Dahlweid\*

**Mo, 26.11., 14.30 Uhr:**

Diavortrag „Winterzauber“ mit Walter Heller über das winterliche Potsdam, Dahlweid\* (1 €)

**Mi, 28.11., 17.30 Uhr:**

Foyerausstellung und Filmabend zum 80. Geburtstag von Günter Reisch, Filmmuseum, Marstall/Breite Str. 1a,

**17.30 Uhr:** „Die Verlobte“, **19.30 Uhr:** Ausstellungseröffnung „Weggenossen. Günter Reisch stellt seine Sammlungen vor“, **21 Uhr:** „Wie die Alten sangen...“, RLS\*\*

**Do, 29.11., 18 Uhr:**

Podiumsdiskussion „Potsdamer Profile: Kultur und Kulturdefizite in Potsdam“ mit Dr. Bärbel Dalichow, Direktorin des Filmmuseums Potsdam und Carsten Wist, Buchhändler, Altes Rathaus – Potsdam Forum, Am Alten Markt, RLS\*\*

\*Dahlweid-Stiftung, „Zentrum-Ost“, Edisonallee 13

\*\* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr.53